

Immer die gleichen Argumente in einem unendlichen Streit

Analyse

Von Thomas Belgang

Seit Jahr und Tag zoffen sich in Neubrandenburg Stadtvertreter und Stadtverwaltung um mehr oder weniger Radfahren auf dem Boulevard. Die Argumente bleiben auf beiden Seiten seit Ewigkeiten die selben. Die Radler indes interessiert der Streit wenig - nur wenige halten sich an gültiges Recht und steigen ab.

NEUBRANDENBURG. Die einen nennen die Herangehensweise „nicht konstruktiv“, die anderen beharren darauf, sich strikt an die rechtlichen Grundlagen zu halten. Der Streit zwischen Stadtvertretern und Mitarbeitern der Stadtverwaltung in Neubrandenburg um das Radfahren auf dem Boulevard nimmt bizarre Züge an. Denn die Argumente, derer sich beide Seiten bedienen und die immer wieder vorgehalten werden, sind immer die gleichen.

Zur Erinnerung: In der Turmstraße, dem für normalen Verkehr gesperrten Boulevard der Kreisstadt, dürfen Radfahrer nur abends, nachts und früh am Morgen unbeschwert radeln. Tagsüber,

darauf weisen an beiden Seiten der Einkaufsstraße mahnende Schilder hin, müssen die absteigen und brav ihre Räder schieben.

Bauliche Veränderung als Voraussetzung fürs Radeln
Das wollen Stadtvertreter – nicht nur solche aus der Fraktion der Bündnisgrünen, sondern quer durch alle Parteien – ändern. Unentwegt wird die Stadtverwaltung angepökt, doch nach Varianten zu suchen, eine „friedliche Koexistenz“ zwischen bummelnden Fußgängern und Radfahrern zu ermöglichen. Die Antworten aus der zuständigen Abteilung des Rathauses bleiben genau so hartnäckig identisch: Nur bei baulicher Veränderung der Turmstraße sei das Radfahren auf dem Boulevard zu gestatten. Gegenwärtig sei es so nicht zulässig, ganz offiziell das Radeln an der Stelle zu gestatten. Für einen nötigen Umbau allerdings fehlt es der Stadt am Geld.

Die Reaktionen darauf, jetzt keine Überraschung mehr, ähneln sich ebenso wie ein Ei dem anderen. Man müsse doch, heißt es dann regelmäßig, den Neubrandenburgern das Radfahren so einfach wie möglich machen, um noch mehr Autoverkehr in der Innenstadt zu verhindern. Zudem wird im-

mer wieder auf andere Städte verwiesen, die sächsische Landeshauptstadt Dresden etwa oder sogar Frankfurt/Main, wo sich kein Mensch daran stört, wenn sich in der Prager Straße oder auf dem berühmten „Römer“ Fußgänger und Radfahrer begegnen. Die Antwort darauf aus dem Rathaus dann: Andere Städte würden dann wohl rechtlich „nicht sauber“ in der Angelegenheit arbeiten.

Es gibt jetzt einen Alternativ-Vorstoß

An der Stelle regt sich dann – auch regelmäßig – Unmut unter den Ratsfrauen und Ratsherren, die sich bemüht sehen, eine Lanze für die Radfahrer zu brechen.

Den gordischen Knoten zu zerschlagen, gibt es jetzt ein Friedensangebot aus dem Rathaus-Lager: Die Planer schlagen vor, die parallel zum Boulevard verlaufende Neutorstraße für Radfahrer fit zu machen. Die nämlich, weil holprig und eine Zumutung für jedes Fahrrad, meiden Radler gegenwärtig noch wie der Teufel das Weihwasser. Das Stolperpflaster soll aber irgendwann der Vergangenheit angehören, so das Versprechen. Mit einem Haken allerdings: Frühestens in den Jahren 2019/2020 könne dort mit der Bauerei gestartet werden.



Absteigen, gebietet das Schild. Aber nur wenige halten sich auch daran.

FOTO: ANKE BRAUN

Ob jedoch die aufgezeigte Alternative eine echte sein kann, muss dann die Praxis entscheiden. Und so lange bleibt der Boulevard ein Zankapfel zwischen Stadtvertretern und Rathaus-Mitarbeitern. Den allermeisten

Radfahrern allerdings ist das herzlich egal! Denn die haben längst die Macht des Pflasters geschaffen und pfeifen auf das Absteige-Gebot.

Kontakt zum Autor
t.belgang@nordkurier.de